

9. 10.	Stand	1. 9. 14
1268,16	1,70	20
847,06	1,12	..
867,16	1,12	..
678,46	1,12	..
686,47	0,72	..
8208,00	4,40	..
14836,74	0,20	..
237,40	0,80	..
220,15	0,80	..
184,84	0,80	..
4,47	86,00	..
1,31	0,85	..
106,62

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfensteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erkennnt wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 90.— mit Austragen, Post einschl. der Postgebühren 1/2, jährlich Mk. 240.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezücker keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6gepalte Koronazelle 8.— Mk., auswärts 10.— Mk. Amtlich. Teil Mk. 16.—. Reklamazelle Mk. 20.—. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 400.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Verteilungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 125

Mittwoch, den 25. Oktober 1922

33. Jahrgang

Amtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 26. Oktober 1922, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Bekanntmachung.

Der Reichsminister der Finanzen hat eine Personenlandsaufnahme für das gesamte Reichsgebiet nach dem Stande vom 10. Oktober 1922

angeordnet.
Zu der Personenlandsaufnahme sind Vordrucke zu verwenden und zwar:

- a) ein Vordruck Teil I 128 für eine „Wohnungsliste“.
- b) „Personenlandsaufnahme“.

Spätestens bis zum

12. Oktober 1922

werden

- a) jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung ein Wohnungslistenvordruck Teil I 128,
- b) jedem Grundstücksbesitzer oder dessen Vertreter (sozial. Personenlandsaufnahmevordruck Teil I 129) zuzugeben, wie er selbst wohnt oder ganz oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken vermietet oder verpachtet Gebäude in Naunhof besitzt.

Der selbständige Gutsbezirk in der Flur Naunhof gilt als Teil der Stadt Naunhof.

Jeder Inhaber einer selbständigen Wohnung hat den Wohnungslistenvordruck sofort nach Herausgabe der auf dem Vordruck aufgedruckten Anleitung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und ihn ausgefüllt und unterschrieben

spätestens bis zum 17. Oktober 1922

an den Hausbesitzer oder dessen Vertreter abzuliefern.

Jeder Besitzer eines selbst bewohnten oder ganz oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken vermieteten oder verpachteten Gebäudes oder sein Vertreter hat für die rechtzeitige Ablieferung der ausgefüllten und unterschriebenen Wohnungslistenvordrucke seitens der Wohnungsinhaber an ihn zu sorgen, die ordnungsmäßige Ausfüllung der Spalten 1, 2, 6—12 und 32—35 und Unterschrift der abgelieferten Wohnungslistenvordrucke nachzuprüfen, etwaige Mängel und Lücken in der Ausfüllung beseitigen zu lassen und die Wohnungslistenvordrucke jedes einzelnen Hausgrundstücks fortlaufend zu nummerieren. Alsdann hat er für jedes der Hausgrundstücke eine Bescheinigung unter Benennung des Personenlandsaufnahmevordruckes entsprechend der auf ihm angegebenen Anleitung auszufüllen, zu unterschreiben und den Personenlandsaufnahmevordruck nebst den dazu gehörigen Wohnungslistenvordrucken

spätestens bis zum 25. Oktober 1922

in der hiesigen Stadtsteuerannahme (Zimmer Nr. 15) abzuliefern.

Ueber Zweifel wird in derselben Auskunft gegeben.

Naunhof, am 2. Oktober 1922. Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zwischen den Vertretern der Ausgleichskammer ist eine Vereinbarung erzielt worden, nach der Deutschland bis zum Juli 1923 von den Ausgleichszahlungen befreit ist.
- * Der Reichskanzler beriet mit dem Kabinett und mit den Fraktionsführern über die Devisenverordnung und die Getreidemenge, wegen der es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien gekommen ist.
- * Braburny erklärte bei einer Kritik der Reparationspläne Barthoud, die Stabilisierung der Mark könne nur erfolgen, wenn Deutschland eine lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen erhält.
- * Lloyd George griff in einer politischen Rede in Leeds seine Gegner scharf an und verteidigte seine Regierungsmethoden.
- * Die internationale Arbeitskonferenz in Genf lehnte es ab, die deutsche Sprache als Amtssprache anzuerkennen.

Krisis?

Von besonderer Seite wird uns aus Berlin über die innerpolitische Lage geschrieben: Wertvoll, so regelmäßig wie das Mädchen aus der Fremde steht in Deutschland, seitdem wir von der konstitutionellen zur parlamentarischen Regierungsform übergegangen sind, eine politische Krisis sich ein, sobald der Reichstag nach längerer oder kürzerer Pause wieder am Königstisch zusammenkommt. Möglich, daß diese unerwünschte Gewohnheit mit der Unfertigkeit unserer neuen politischen Zustände zusammenhängt. Möglich, daß die Parteien, die das neue Regierungssystem tragen, sich noch nicht genügend auseinander eingewickelt haben, möglich auch, daß das Wesen der Koalition als solches immer wieder Konflikte bedingt, die bei einheitlicher Führung der Reichsregierung verhältnismäßig leicht zu vermeiden

wären. Jedenfalls haben wir mit der Tatsache zu rechnen, daß die politische Luft abermals von Krisengerüchten erfüllt ist, kaum daß die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten durch den bekannten Mehrheitsbeschuß des Reichstages fürs erste wieder in den Hintergrund gedrängt ist.

Die Klümpen an zwei Fragen von allerdings höchster Dringlichkeit an. Einmal die Devisenordnung. Selten hat eine Regierungsmahnahme wirtschaftlicher Natur einen so ausgesprochenen Mißerfolg zu verzeichnen gehabt wie diese. Man erwartete von ihr eine Eindämmung der reinen Devisenspekulation, eine Festigung der Mark und ein Anwachsen des Vertrauens im Auslande zur Abwehrkraft unserer Regierung. In jeder Beziehung ist leider das Gegenteil eingetreten. Die Bewegung auf dem Devisenmarkt hat eher zu als abgenommen. Die Mark gleitet unaufhaltsam in die Tiefe, und im Auslande glaubt kaum noch irgend jemand an die Fähigkeit des Reiches, dem Verderben, von dem es bedroht ist, aus eigener Kraft Einhalt zu gebieten. Die deutschen Börsen sind von einem förmlichen Launel erfasst. Das markbesessene Publikum schlägt sich förmlich um Effektenbesitz, und da die Papiergeldkurse mit jedem Tage immer gewaltiger absinken, scheint die Bevölkerung nur noch eine Sehnsucht zu kennen: sich so rasch wie irgend möglich der Papiergeldvorräte zu entledigen, um sie gegen irgendwelche Objekte von realerer Bedeutung einzutauschen. So entsteht und muß die Frage entstehen, ob der erste Schritt, den die Regierung mit der Devisenordnung getan hat, zurückgenommen, oder ob weitere Schritte auf der gleichen Bahn getan werden sollen. Hier geraten die sozialistische Richtung des Reichswirtschaftsministeriums und die entgegengelegte orientierte Richtung des Reichsfinanzministeriums unweigerlich zusammen, und es man es will oder nicht, die Gegensätze erhalten unter dem Druck der Lage eine politische Färbung, die ihre Lösung eher erschwert, denn erleichtert.

Nicht viel anders liegen die Dinge in der Frage der Getreidemenge. Hier hat der zuständige Reichstagsausschuß eine Bewirtschaftung der für das erste Drittel festgesetzten Preise beschloffen, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und einiger Bürgerlicher und entgegen der Abmachung des Reichsernährungsministers Fehr. Die Sozialdemokratie droht nun mit ersten politischen Maßnahmen unter Hinweis darauf, daß bei dem gegenwärtigen Dollarkurs der Einkauf ausländischen Getreides kaum noch mehr möglich sein werde. Deshalb fordert sie die Rückkehr zu ausgesprochener Zwangswirtschaft, während die bürgerlichen Parteien umgekehrt eher zu einer Abschwächung des Getreideumlagegesetzes geneigt sind.

Wie diese scharfen Gegensätze ausgeglichen werden sollen, ist schwer ersichtbar, zumal in beiden Fragen höchste Eile geboten erscheint. Es kommt hinzu, daß das Gewicht der noch nicht offiziell zur Koalition gehörenden Deutschen Volkspartei schon jetzt mit jedem Tage schwerer in die Waagschale fällt, wie sich bereits bei der Entscheidung über die Vertagung der Reichspräsidentenwahl deutlich gezeigt hat. Der Reichskanzler ist offensichtlich bemüht, seinen ganzen Einfluß im Sinne eines Ausgleichs geltend zu machen, und man kann ihm darin nur um so mehr Erfolg wünschen, als die Stunde für heftige Parteikämpfe jetzt weniger als je bei uns gekommen ist.

Keine Ausgleichszahlungen bis Juli 1923

Die Berliner Beratungen beendet.
Seit mehreren Tagen fanden in Berlin Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichskammer statt, um eine Neuregelung der deutschen Ausgleichszahlungen zu treffen. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichskammer haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Beratungen in Berlin, Paris, London und Brüssel zur Annahme vorgelegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage erfolgen. Die Regierung bereitet außerdem eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichszahlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll. Daß jetzt von Ausgleichszahlungen keine Rede sein kann, ist bei dem augenblicklichen Dollarkurs eine Selbstverständlichkeit. Dennoch wird man sich von dieser jetzt beschlossenen Stundung noch keine Wirkung versprechen können, solange die Frage der noch höheren Reparationszahlungen ungeklärt bleibt.

Große Kohleneinfuhren.

Die Folgen der Reparationslieferungen.
Der Reparationskommission sind kürzlich auf ihr Ersuchen die Zahlen der Bestände der Reichseisenbahn, der Gas- und der Elektrizitätswerke an Kohlen amtlich mitgeteilt worden. Die Bestände der Reichseisenbahn beliefen sich am 30. 6. auf 730 000 Tonnen für 16 Tage, am 31. 8. auf 1022 192 Tonnen auf 23 Tage. In demselben Zeitraum hat die Reichseisenbahn große Mengen englischer Kohle angekauft, die sich belaufen bis 30. 6. auf 666 300 Tonnen und bis 31. 8. auf 1 890 650 Tonnen. Die Bezüge englischer Kohle, die als Vorrat für den Winter eingekauft waren, sind, wie diese Zahlen ergeben, größer als die Bestände der Eisenbahn. Daraus geht hervor, daß

die inländischen Zufuhren nicht einmal den normalen Sommerverbrauch decken können.

Die Zahlen für die Bestände der Gaswerke lauten: Bestand am 30. 6. 389 028 Tonnen und am 31. 8. 470 164 Tonnen. Bis zum 31. 8. hatten die Gaswerke rund 487 000 Tonnen ausländische Kohle bezogen, also mehr, als ihr Bestand am 31. 8. war. Die Elektrizitätswerke hatten einen Bestand Ende Juni von 375 354 Tonnen, Ende August von 457 619 Tonnen. Diese Zahlen ergeben mit erschreckender Deutlichkeit, daß der notwendige Inlandsbedarf schon im Sommer nicht durch inländische Zufuhr an Kohlen gedeckt werden können, weil die Kohlenproduktion zu Reparationslieferungen in Verbindung werden müssen. Es ist kaum um so unüberwindlicher, daß die Entente das monatlich zu liefernde Kohlenquantum trotz dieser einleuchtenden Zahlen auf rund 1 950 000 Tonnen monatlich erhöht hat.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kanzler über die Wirtschaftslage.

In einer Unterredung mit einem holländischen Pressevertreter erklärte Dr. Brüning, die ungeheure Notensmission sei nicht die Ursache, sondern die unvermeidliche Folge des Marksturzes. Heute haben wir keinen Groschen mehr. Unsere Hilfsquellen sind erschöpft, wir haben kaum das notwendige Brot, um unser Volk bis zum Jahresende zu ernähren. Wer unter Drohungen immer wieder Geld von uns herauspressen will, dem können wir ruhigen Gewissens antworten: erst werden wir an Brot für unsere Kinder denken, später an die Reparationen. Das soll man auch im Auslande wissen. Aber die Konferenz in Brüssel sagte der Kanzler: Von dieser Konferenz weiß ich überhaupt nichts. Wenn man uns einlädt, so werden wir die Erklärung abgeben, daß wir kein Geld haben, und eine lange Ruhepause benötigen, um uns vor dem Bankrott zu schützen.

Die Attentatspläne gegen den Kanzler.

Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer hat sich zur Untersuchung über den Attentatsplan gegen den Reichskanzler nach Berlin begeben, wo er die Vernehmung des in Hagen Verhafteten vorgenommen hat. Die Angaben, die dieser über den Attentatsplan gegen Dr. Brüning gemacht hat, werden jetzt weiter nachgeprüft. Der Festgenommene bleibt vorläufig in Haft. Dr. Ebermayer ist nach Leipzig zurückgekehrt.

Deutschnationale und Wölflinge.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Beschluß gefaßt, dem Abg. v. Graefe-Goldebeck mitzuteilen, daß sie wegen seiner Haltung in der Frage der „völkischen Arbeitsgemeinschaft“ eine weitere Fraktionsgemeinschaft mit ihm nicht für möglich hält. Damit ist dieser Abgeordnete, der seine Haltung der Fraktion gegenüber nach Ansicht der Fraktion ungenügend gerechtfertigt hat, als von der Fraktion ausgeschlossen anzusehen.

Frankreich.

Die Internationale Eisenbahnkonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Die Konferenz nahm einen Statutenentwurf an, der einen dauernden Organismus zur Förderung der Wiederaufnahme des internationalen Verkehrs unter dem Namen Internationale Eisenbahn-Union vorsieht. Die Verwaltung der Union übernimmt ein aus 12 Verwaltungsmitgliedern bestehendes Komitee, zu dessen Vorsitzenden der älteste Direktor der französischen Eisenbahnen ernannt wurde. Die drei Vizepräsidentenposten werden von Deutschland, England und Italien gestellt.

Aus In- und Ausland.

- Berlin.** Die Nachprüfung über den Ausfall der Abstimmung betr. den Verbleib Oberklosters bei Preußen findet am 6. November durch das Wahlprüfungsgericht in Berlin statt.
- Strasbourg.** Die Eisenbahner Elsass-Lothringens haben in einer Versammlung eine Entschließung angenommen, in der sie gegen die Verpachtung des Eisenbahnnetzes und gegen das Teilerlöb über die Abschaffung des Achtstundentages protestieren.
- Moskau.** In diesem Winter müssen 8 Millionen Russen unterstützt werden. Für 3 Millionen hat die Sowjetregierung die Hilfe des amerikanischen Hilfskomitees erbeten.
- Washington.** Kriegssekretär Weeks hat erklärt, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein würden wahrscheinlich erst zu Beginn des Winters zurückgezogen werden.

Attentatspläne gegen den Reichskanzler.

Zwei Verschwörungen entdeckt.
Bei den in einer der letzten Sitzungen des Reichstages angekündigten Attentatsplänen gegen den Kanzler scheint es sich im wesentlichen um folgendes zu handeln:
Im Rheinland hat sich ein junger Mann, ein gewisser Schulz aus Leipzig, bei der Polizei gemeldet, um, wie er sagte, vor einem Mordplan gegen Dr. Brüning zu warnen. Es heißt, er habe mitgeteilt, daß er „beauftragt“ worden sei, den Reichskanzler zu erschließen, und zwar genau nach dem Plan, der gegen Rathenau ausgeführt wurde. Dieser Mann wurde bereits am 17. Oktober in Haft genommen, und man prüft noch, ob seine Angaben richtig sind, oder ob er die Polizei auf eine